

Az: WAM-Fraktion
FD: Büro der Gremien
Datum: 20.05.2019

Anträge

Drucksachen – Nr.: 1430/2019

Betreff: Unterstützung des ICAN-Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt - #ICANSave meine Stadt; Antrag der WAM-Fraktion vom 16.05.2019

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	05.06.2019
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	11.06.2019

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
die WAM-Fraktion bittet darum, den nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen:

Unterstützung des ICAN-Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt - #ICANSave meine Stadt

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Maintal ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Begründung:

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Städte in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben:

1. **Mainz**, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2. Februar 2019
2. **Wiesbaden**, Beschlussen vom Magistrat, 20. Februar 2019
3. **Marburg**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. Februar 2019
4. **Köln**, unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5. März 2019
5. **Potsdam**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6. März 2019

6. **München**, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12. März 2019
7. **Göttingen**, Ratsbeschluss, 15. März 2019
8. **Reinheim**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. März 2019
9. **Dortmund**, Stadtratsbeschluss vom 28. März 2019
10. **Bremen**, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2. April 2019
11. **Schwerin**, Beschluss der Stadtvertretung, 08. April 2019
12. **Herne**, Ratsbeschluss, 9. April 2019
13. **Mörfelden-Walldorf**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9. April 2019
14. **Düsseldorf**, Ratsbeschluss, 11. April 2019
15. **Kaiserslautern**, Ratsbeschluss, 15. April 2019
16. **Naumburg**, Gemeinderatsbeschluss, 17. April 2019
17. **Ilmenau**, Stadtratsbeschluss, 25. April 2019
18. **Tübingen**, Gemeinderatsbeschluss, 2. Mai 2019
19. **Hannover**, Ratsbeschluss am 25. April, Unterzeichnung durch Bürgermeister Hermann am 9. Mai 2019
20. **Berlin**, Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 2019

Christian Wolf

Beteiligte Fachbereiche:

Beschluss Haupt- und Finanzausschuss vom 05.06.2019:

Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0

Die zuständigen Gremien mögen beschließen

Laut Beschlussvorschlag

Beschluss Stadtverordnetenversammlung vom 11.06.2019:

Im Rahmen der Blockabstimmung des öffentlichen Teils in der Fassung des federführenden Ausschusses mit Mehrheit beschlossen.

Fraktion der WAM

Christian Wolf
Kolpingstraße 1
63477 Maintal



Maintal, 16.05.2019

An den Stadtverordnetenvorsteher
Rathaus
Klosterhofstraße 4-6

63477 Maintal

26. Stadtverordnetenversammlung am 11. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die WAM-Fraktion bittet darum, den nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen:

Unterstützung des ICAN-Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt - #ICANSave meine Stadt

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Maintal ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Begründung:

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Städte in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben:

1. **Mainz**, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2. Februar 2019
2. **Wiesbaden**, Beschlossen vom Magistrat, 20. Februar 2019
3. **Marburg**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. Februar 2019
4. **Köln**, unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5. März 2019
5. **Potsdam**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6. März 2019
6. **München**, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12. März 2019
7. **Göttingen**, Ratsbeschluss, 15. März 2019
8. **Reinheim**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. März 2019
9. **Dortmund**, Stadtratsbeschluss vom 28. März 2019
10. **Bremen**, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2. April 2019
11. **Schwerin**, Beschluss der Stadtvertretung, 08. April 2019
12. **Herne**, Ratsbeschluss, 9. April 2019
13. **Mörfelden-Walldorf**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9. April 2019
14. **Düsseldorf**, Ratsbeschluss, 11. April 2019
15. **Kaiserslautern**, Ratsbeschluss, 15. April 2019
16. **Naumburg**, Gemeinderatsbeschluss, 17. April 2019
17. **Ilmenau**, Stadtratsbeschluss, 25. April 2019
18. **Tübingen**, Gemeinderatsbeschluss, 2. Mai 2019
19. **Hannover**, Ratsbeschluss am 25. April, Unterzeichnung durch Bürgermeister Hermann am 9. Mai 2019
20. **Berlin**, Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 2019

Christian Wolf